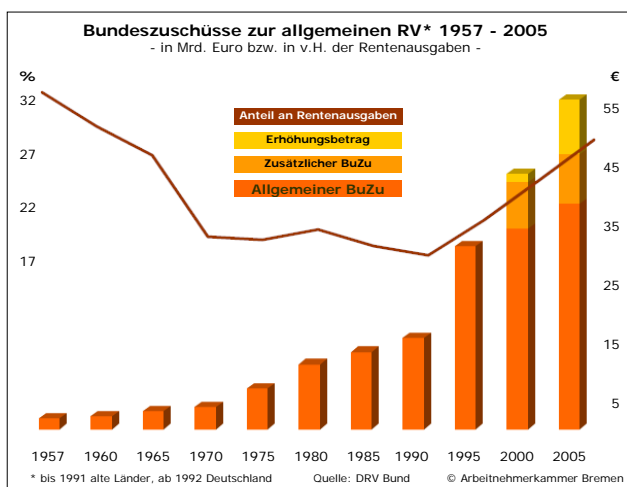


## »Garantierente« – Mit der Planierraupe über die GRV

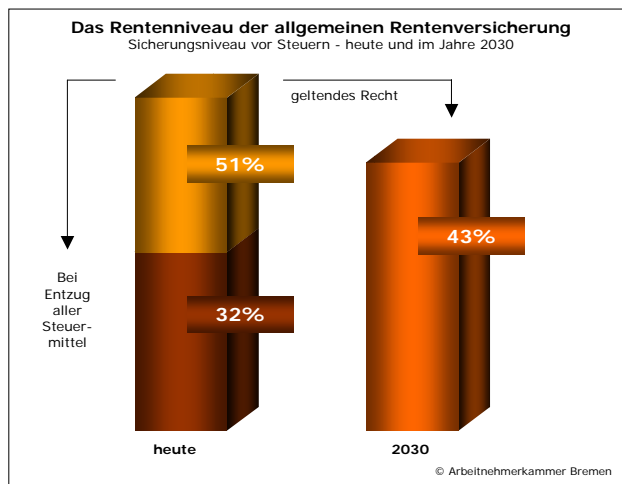
In der Debatte um ein künftig absehbar wieder steigen des Armutsrisiko im Alter als Folge der rot-grünen Senkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und der zunehmenden Bedeutung prekärer, schlecht oder gar nicht sozial abgesicherter Beschäftigungsformen werden Stimmen nach Einführung einer so genannten »Garantierente« laut. So tauchte in der Partei DIE LINKE jüngst der Vorschlag auf, allen Menschen im Alter einen monatlichen »Anspruch auf eine armutsfeste Grundrente in Höhe von mindestens 800 €« zu geben. \* Leistungen der betrieblichen Altersversorgung sowie aus privater Vorsorge würden diese »Garantierente« nicht schmälern, während Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung voll oder zu Teilen gegen die Grundrente aufgerechnet werden sollen. Zur Finanzierung werden »alle bestehenden Steuerfinanzierungen innerhalb der GRV und der Grundsicherung im Alter« zu einem Grundsockel in der Rente zusammengefasst. »Weitere Steuern könnten bei Bedarf zur Finanzierung der Grundrente herangezogen werden.« Ziel des Vorschlags sei »nicht, die gesetzliche Rentenversicherung abzuschaffen, sondern sie endlich auf armutsfeste Füße zu stellen«.

Eine derartige »Garantierente« hätte einen hohen Preis. Bei derzeit rd. 20,1 Millionen Rentnern erforderte die Realisierung des Vorschlags alleine für diesen Personenkreis – also ohne Beamte, Selbständige oder sonstige, über berufsständische Versorgungswerke und dgl. Gesicherte – ein zusätzliches Brutto-Finanzvolumen von etwa 190 Mrd. €. Um den Nettoaufwand gering zu halten, drängt sich die volle Anrechnung von Leistungen der GRV geradezu auf. Sollte es sich bei der »Garantierente« zudem um eine Rentenleistung der GRV handeln, so wäre sie beitragspflichtig zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Um unter dieser Voraussetzung einen Zahlbetrag von 800 € gewährleisten zu können, stiege der Finanzbedarf auf rd. 230 Mrd. €. Diese Summe entspräche gegenwärtig dem Beitragsaufkommen bei einem Beitragssatz von 26% zur Rentenversicherung.



Zur Finanzierung der Grundrente sollen u.a. alle Steuerfinanzierungen innerhalb der GRV herangezogen werden; für die beitragsbezogenen Renten stünden diese Mittel damit nicht mehr zur Verfügung. Alleine die Bundeszuschüsse zur allgemeinen Rentenversicherung decken

mit rd. 55 Mrd. € etwa 27,5% der Rentenausgaben; zusammen mit den steuerfinanzierten Beiträgen für Hartz IV-Empfänger, für Zeiten der Kindererziehung und dgl. werden heute rd. 36% der Rentenausgaben (ohne KnRV) über Steuern gedeckt. Da DIE LINKE diese Zeiten vermutlich nicht streichen will, wären auch sie aus dem verbleibenden Beitragsaufkommen zu finanzieren; wer aber der Rentenversicherung sämtliche steuerfinanzierten Mittel entzieht, muss auch alle Renten um 36% kürzen.



Um eine Nettorente in Höhe von 800 € monatlich zu erhalten, benötigt der Durchschnittsverdiener derzeit knapp 34 (West) bzw. gut 38 (Ost) Beitragsjahre. Bei einem um 36% gekürzten Rentenanspruch stiege die Zahl der erforderlichen Beitragsjahre unmittelbar um 19 bzw. 22 Jahre auf dann 53 bzw. 60 Beitragsjahre. Jedes gute Argument der LINKEN gegen die »Rente mit 67« hätte sich dadurch mit einem Schlag erledigt.

Das Sicherungsniveau der sozialen Rentenversicherung wird infolge des rot-grünen Sozialabbaus von heute rd. 51% auf nur noch rd. 43% im Jahre 2030 sinken. Die Partei DIE LINKE hat diese Demontage bislang vehement kritisiert. Die Idee ihrer stellvertretenden Parteivorsitzenden für eine »Garantierente« aber zöge der solidarischen Rentenversicherung endgültig den Boden unter den Füßen weg: Das Rentenniveau fiel unmittelbar auf rd. 32% und damit weit unter die Armutsgrenze. Und anders als etwa die private »Riester-Rente« soll die so rasierte Sozialrente auch noch den Grundrentenanspruch voll oder zumindest teilweise mindern. Entgegen allen anders lautenden Beteuerungen: Die Realisierung dieses Vorschlags bedeutete das endgültige »Aus« für die solidarische Rentenversicherung weit vor 2030.

Dabei ließe sich mit einem Bruchteil des für die »Garantierente« nötigen Finanzvolumens problemlos eine strukturell armutsfeste und Lebensstandard sichernde solidarische Erwerbstätigenversicherung aufbauen. Anstatt nun aber der drohenden Altersarmut einer steigenden Zahl Prekarisierter zielgenau zu begegnen, würden das Solidarsystem abgerissen, (fast) alle Renten unter Armutsniveau gedrückt – um sie anschließend wieder auf 800 € aufzustocken – und die Privatvorsorge wird wegen ihrer Privilegierung beim »Garantierenten«-Anspruch nun auch von vermeintlich linker Seite politisch protegiert.

\* Katja Klipping, sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und stellv. Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Altersarmut vorprogrammiert. Zugleich das Plädoyer für eine Garantierente, in: Sozialismus 3/2008 S. 23

